AbgeordnetenhausBERLIN

Drucksache 18/0510

06.09.2017

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Klarer Zeit- und Finanzierungsplan für den BER – genug geschwiegen, Herr Müller

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus von Berlin bis zum 22. September 2017 eine verbindliche Terminplanung für den Beginn des Flugbetriebs am Flughafen BER vorzulegen.

Angesichts einer möglichen erneuten Verschiebung des Eröffnungstermins muss der Senat zudem Klarheit über offene Finanzierungsfragen beim BER schaffen und zusichern, das Parlament künftig über alle Entwicklungen am BER umfassend und frühzeitig zu informieren.

Begründung:

Der Senat ist dem Wunsch des Abgeordnetenhauses bis heute nicht nachgekommen, einen belastbaren Termin für den Beginn des Flugbetriebs und die dafür erforderlichen Maßnahmen zu nennen. Die Zusage von Flughafenchef Lütke-Daldrup, den Eröffnungstermin noch in diesem Sommer zu nennen, gegeben am 29. März dieses Jahres im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses, ist nicht eingehalten worden. Dies stellt eine schwerwiegende Missachtung des Parlaments dar. Will der Senat der im Hauptausschuss getroffenen Zusage doch noch nachkommen, muss er dem Abgeordnetenhaus bis zum 22. September einen verbindlichen Terminplan für den Beginn des Flugbetriebs am BER vorlegen und offene Finanzierungsfragen schlüssig aufklären.

Angesichts einer möglichen erneuten Verschiebung des BER-Eröffnungstermins – laut aktuellem Stand ist damit frühestens im Herbst 2019 zu rechnen – ist mit einem deutlichen Anstieg bei der Kostenkalkulierung zu rechnen. Diese war für einen BER-Start in diesem Jahr berechnet. Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) hatte ihrem Aufsichtsrat in diesem Frühjahr mitgeteilt, dass das Geld "voraussichtlich" bis Mitte 2018 reiche. Demnach entsteht bis zum neuen möglichen Eröffnungstermin im Herbst 2019 eine Finanzierungslücke von mehreren hundert Millionen Euro, die weder in einem Businessplan, noch im Haushalt von Berlin und Brandenburg vorgesehen sind. Dem Parlament ist hier sein Recht einzuräumen, über Finanzierungs- und Terminplanänderungen bezüglich des BER frühzeitig und umfassend informiert zu werden, statt solche Entwicklungen stets erst aus der Presse zu erfahren.

Berlin, 05. September 2017

Graf Melzer Gräff Friederici und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU